

IX. Schweiz.

Anfang Februar. Splügenbahn.

Italien hat der Schweiz seinen Verzicht auf Rückerstattung der für den Bau der Gottthardbahn vorgeschossenen 38 Millionen angeboten, wenn es eine Erleichterung für die neue Bahn zu dem projektierten Splügentunnel erhalte. Die Verhandlungen waren im besten Gange. Oesterreich erhob jedoch, wie das „Giornale dei Lavori pubblici“ mitteilt, Protest, und zwar aus strategischen Gründen, weil die Bahn Italien eine Konzentration von Truppen in der Nähe von Tirol ohne Berührung österreichischen Territoriums ermöglichen würde.

Anfang Februar. Deutsch-schweizerischer Wehlzoßstreit.

Der Schweizer Bundesrat befaßt sich mit dem deutsch-schweizerischen Wehlzoßstreit und beschließt, an die deutsche Regierung eine neue Note zu richten, in der er in der Hauptfrage an seinem bisherigen Standpunkt festhält, sich aber bereit erklärt, die Fragestellung und deren Reihenfolge einem Schiedsgericht zur Entscheidung zu überlassen (vgl. Jahrg. 1906 22. Dezember).

11. Februar. Der deutsche Gesandte v. Bülow und der italienische Gesandte Marchese Cusani übergeben dem Bundespräsidenten gleichlautende Noten über die Verstaatlichung der Gottthardbahn.

9.—12. Februar. Wehlzoßstreit.

Von den Schweizer Mülkern ist der Plan ausgegangen, deutsches Mehl in der ganzen Schweiz zu boykottieren. Da aber der Delegiertentag des schweizerischen Bäcker- und Konditorenverbandes sich diesem Plane nicht anschließt, so kommt man im Bundesrat auf die Entwürfe zur Einführung des Getreide- und Mehlmonopols zurück. Es wird ein Sachverständigenausschuß für den 8. März in Bern einberufen. Um dem zu entgegen, hat nach langen Beratungen der Ausschuß der schweizerischen Mülker eingewilligt, nach Berlin, wohin eine neue Zusammenkunft schweizerischer und deutscher Mülker zur Erledigung der Wehlzoßfrage auf auferamtlichem Wege einberufen werden soll, Vertreter zu entsenden.

5. März. Wehlzoßstreit.

Der Bundesrat legt den Kommissionen des Nationalrats und des Ständerats in gemeinschaftlicher Sitzung seinen Bericht über den Verlauf und den Stand des Wehlzoßstreits mit Deutschland vor.